



Kreistag des Landkreises Limburg-Weilburg
Der Vorsitzende

Limburg, 6. Februar 2012

An die
Damen und Herren Abgeordneten des
Kreistages des Landkreises Limburg-Weilburg

Herrn Landrat des Landkreises Limburg-Weilburg

An die
Damen und Herren Kreisbeigeordneten
des Landkreises Limburg-Weilburg

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren!

Ich berufe gemäß § 32 HKO in Verbindung mit § 56 HGO die Mitglieder des Kreistages des
Landkreises Limburg-Weilburg zur **6.** Sitzung auf

Freitag, den 24. Februar 2012, 09.00 Uhr,

in die Mehrzweckhalle in Hünfelden, Ortsteil Dauborn, Nassauer Straße.

Tagesordnung:

1. Geschäftliches
2. Berichte und Mitteilungen des Kreisausschusses
3. Anpassung der Satzung über die Bildung von Schulbezirken vom 21.2.2011
-Vorlage-
4. Restabfallbehandlung –Vertragserfüllungsbürgschaft
-Vorlage-
5. Prüfung des Jahresabschlusses 2011 bis 2013 des Abfallwirtschaftsbetriebes Limburg-
Weilburg
-Vorlage-

6. Beteiligung am Projekt „Stromspar-Check“
-Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umweltangelegenheiten, Energieversorgung und Landwirtschaft-
7. 100% erneuerbare Energien bis 2050 in Hessen;
hier: Genehmigung von Wasserkraftwerken
-Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umweltangelegenheiten, Energieversorgung und Landwirtschaft-
8. Einkaufsgemeinschaft/Zentrale Beschaffung für die Feuerwehren im Landkreis
-Antrag der CDU-Kreistagsfraktion-
-Vorlage-
9. Einrichtung einer zentralen Datenbank „Leerstands- und Baulückenkataster“
-Antrag der CDU-Kreistagsfraktion-
-Vorlage-
10. Mögliche Inanspruchnahme des kommunalen Rettungsschirms
-Antrag der CDU-Kreistagsfraktion-
-Vorlage-
11. Zukunft der Freiherr-vom-Stein-Kaserne
-Antrag des SPD-Kreistagsfraktion-
-Vorlage
12. Aufstellung eines Nahverkehrsplanes für den Landkreis Limburg-Weilburg
- Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen-
-Vorlage-
13. Verabschiedung einer Resolution zur Einführung von Lang-LKW
-Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen-
-Vorlage-
14. Besuch der Gedenkstätte in Hadamar von Schulklassen
-Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen-
-Vorlage-
15. Einrichtung des Kooperationsmodells ÖKOPROFIT
-Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen-
-Vorlage-
16. Erwerb der RWE-Anteile an der Süwag durch ein Konsortium
-Antrag der FWG-Kreistagsfraktion-
-Vorlage-
17. Ermittlung der Barrierefreiheit in touristischen Bereichen
-Antrag der Kreistagsmitglieder Kornelia Löw u. Bernd Steioff, DIE LINKE-
-Vorlage-
18. Aufarbeitung der historischen Sachverhalte in Bezug auf die NS-Vergangenheit des früheren Landrates Heinz Wolf;
hier: Entbindung vom Aufklärungsauftrag
-Antrag des Kreistagsmitgliedes Bernd Steioff, DIE LINKE-
-Vorlage-

19. Sanierung des Kreishallenbades des Landkreises Limburg-Weilburg
-Antrag der Kreistagsmitglieder Kornelia Löw u. Bernd Steioff, DIE LINKE-
-Vorlage-
20. Einführung des Wahlkennzeichens „WEL“ für den früheren Oberlahnkreis
-Antrag des Kreistagsmitgliedes Bernd Steioff, DIE LINKE-
-Vorlage-
21. Auswirkungen von Gülle aus industrieller Tierhaltung im Kreisgebiet
-Antrag der Kreistagsmitglieder Kornelia Löw u. Bernd Steioff, DIE LINKE-
-Vorlage-
22. Übertragung der Unterhaltung der Schule auf dem Falkenflug in Löhnberg auf die
Gemeinde Löhnberg
-Anfrage der FWG-Kreistagsfraktion-
-Vorlage-

Mit freundlichen Grüßen
gez. Friedhelm Bender, stellvertretender Kreistagsvorsitzender
begl.

Höhler

Vorlage

zu Punkt **3** der Tagesordnung für die Sitzung des Kreistages des Landkreises Limburg-Weilburg am 24. Februar 2012 in der Mehrzweckhalle in Hünfelden-Dauborn

Anpassung der Satzung über die Bildung von Schulbezirken vom 21.2.2011

Der Kreisausschuss hat gebeten, folgenden Antrag auf die Tagesordnung für die Kreistagssitzung am 24. Februar 2012 zu setzen.

Antrag:

Der Kreistag beschließt, die Satzung über die Bildung von Schulbezirken vom 21.2.2011 wie folgt zu ändern:

§ 2, Ziffer 1.3 erhält folgende Fassung:

„ 1.3 Theodor-Heuss-Schule

1.3.1 aus dem Gebiet der Kernstadt Limburg

Adelheidstraße

Adolfstraße

Albrechtstraße

Am Philippsdamm

Am Zehntenstein

Andreasstraße

Annastraße

Auf der Unterheide

Austraße

Am Renngraben

Bahnhofstraße

Beethovenstraße

Blücherstraße

Diezer Straße

Dr. Wolff-Straße

Ferdinand-Dirichs-Straße

Frankenstraße

Frankfurter Straße Nr. 4 – 28

Franz-Schubert-Straße

Freiherr-vom-Stein-Platz

Friedhofsweg

Friedrich-Händel-Straße

Glashüttenweg

Grabenstraße (gerade Hausnummern)

Graupfortstraße

Hahlgartenweg

Hospitalstraße

Isenburgstraße

Johannes-Mechtel-Straße

Josef-Ludwig-Straße

Josefstraße

Joseph-Haydn-Straße

Joseph-Heppel-Straße

Joseph-Schneider-Straße

Konrad-Kurzbald-Straße Nr. 6 und 9

Ludwig-Corden-Straße

Mainstraße

Moselstraße

Mozartstraße

Neumarkt

Oraniensteiner Weg

Parkstraße

Rheinstraße

Rohrweg

Rudolf-Schuy-Straße (ehemals Oderstraße)

Saarlandstraße

Ste.-Foy-Straße

Schaumburger Straße

Schiede

Schlittstraße

Stiftstraße

Tilemannstraße

Walderdorffstraße

Weiersteinstraße

Werner-Senger-Straße

Weserstraße

Wiesletstraße“

§ 2, Ziffer 1.3.2 entfällt.

§ 2, Ziffer 1.9 erhält folgende Fassung

„1.9 Grundschule Staffel

Stadtteil Staffel“

Begründung:

Der Kreistag hat in der Sitzung am 9. Dezember 2012 beschlossen – sofern dem Kreis keine zusätzlichen Beförderungskosten entstehen, die Schulentwicklungsplanung in der Region Limburg zu ändern und gleichzeitig die Satzung über die Bildung von Schulbezirken entsprechend anzupassen. Betroffen von dieser Änderung sind die Theodor-Heuss-Schule und die Grundschule Staffel.

Wegen der geographischen Lage wurde bisher der südliche Bereich des Stadtteils Staffel der Theodor-Heuss-Schule zugeordnet. Familien, die in diesem südlichen Bereich des Stadtteils Staffel wohnen, wünschen inzwischen eine Einschulung ihrer Kinder in der Grundschule Staffel.

Eine Prüfung durch die Kreisverwaltung ergab, dass durch diese Änderung keine zusätzlichen Beförderungskosten entstehen.

Die Satzung über die Bildung von Schulbezirken vom 21.2.2011, ist daher zu ändern.

Limburg, den 6. Februar 2012

**Der Kreisausschuss des
des Landkreises Limburg-Weilburg
Michel, Landrat**

Vorlage

zu Punkt **4** der Tagesordnung für die Sitzung des Kreistages des Landkreises Limburg-Weilburg am 24. Februar 2012 in der Mehrzweckhalle in Hünfelden-Dauborn

Restabfallbehandlung - Vertragserfüllungsbürgschaft

Der Kreisausschuss hat gebeten, folgenden Antrag auf die Tagesordnung für die Kreistagssitzung am 24. Februar 2012 zu setzen.

Antrag:

Die Betriebskommission des AWB wird beauftragt, jährlich bis zum 30. Juni über die Anforderung der Vertragserfüllungsbürgschaft für die vereinbarte Behandlung des Restabfalls aus dem Landkreis Limburg-Weilburg von der MBS-Anlage Westerwald GmbH & Co. KG zu entscheiden.

Begründung:

Bei Vertragsabschluss konnte die vertraglich zugesicherte Bürgschaft aufgrund der angespannten wirtschaftlichen Lage der MBS-Anlage Westerwald GmbH & Co. KG nicht vorgelegt werden. In den daraufhin geschlossenen Änderungsverträgen wurde der Termin zur Vorlage der Bürgschaft verschoben. Inzwischen hat sich die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft deutlich verbessert, so dass die vertraglich geforderte Bürgschaft in Höhe von ca. 3,9 Mio. € gestellt werden kann.

Da der Entsorgungsmarkt für Restabfälle weiterhin durch eine Überkapazität von Entsorgungsanlagen und günstigen Verarbeitungspreisen gekennzeichnet ist, wird vorgeschlagen, dass vorerst weiter auf die Gestellung der Bürgschaft verzichtet wird.

An Stelle der Bürgschaft erhält der AWB von der Gesellschaft einen finanziellen Ausgleich in Höhe der Kosten, die der Gesellschaft für Gestellung der Bürgschaft entstehen. Diese Avalkosten betragen derzeit etwa 1,5 Prozent der Bürgschaftssumme. Dies entspricht einem Jahresbetrag von 58.995 €.

Nach einer jährlichen Überprüfung des Entsorgungsmarktes und der Höhe des finanziellen Ausgleichs entscheidet die Betriebskommission des AWB jeweils bis zum 30. Juni eines Jahres, ob eine Bürgschaft anzufordern ist oder ein finanzieller Ausgleich in Anspruch genommen wird.

Sofern die Bürgschaft bei Anforderung nicht bis zum 31. Dezember des gleichen Jahres vorgelegt wird, kann der Landkreis das Entsorgungsentgelt auf die ursprüngliche Höhe von 88,84 € je Tonne Abfall kürzen.

Limburg, den 6. Februar 2012

**Der Kreisausschuss des
des Landkreises Limburg-Weilburg
Michel, Landrat**

Vorlage

zu Punkt **5** der Tagesordnung für die Sitzung des Kreistages des Landkreises Limburg-Weilburg am 24. Februar 2012 in der Mehrzweckhalle in Hünfelden-Dauborn

Prüfung der Jahresabschlüsse 2011 bis 2013 des Abfallwirtschaftsbetriebes Limburg-Weilburg

Der Kreisausschuss hat gebeten, folgenden Antrag auf die Tagesordnung für die Kreistagssitzung am 24. Februar 2012 zu setzen.

Antrag:

Der Kreistag beauftragt die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft TREUMATA GmbH, 65520 Bad Camberg, Frankfurter Straße 154, mit der Prüfung der Jahresabschlüsse des Abfallwirtschaftsbetriebes Limburg-Weilburg für die Jahre 2011 bis 2013.

Begründung:

Der § 22 EigBGes sieht vor, dass für den Schluss eines jeden Wirtschaftsjahres ein Jahresabschluss aufzustellen ist, der aus der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung besteht. Der Jahresabschluss ist unter sinngemäßer Anwendung der Vorschriften für den Jahresabschluss der großen Kapitalgesellschaften im Dritten Buch des Handelsgesetzbuches zu erstellen. Dieser Jahresabschluss ist gem. § 27 Abs. 2 EigBGes von einem Wirtschaftsprüfer zu prüfen. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Schüllermann und Partner AG hat die Jahresabschlüsse des Abfallwirtschaftsbetriebes von 2006 bis 2010 geprüft, so dass turnusmäßig ein Wechsel des Wirtschaftsprüfers ansteht.

Der AWB hat die Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

- TREUMATA GmbH, Bad Camberg,
- WIBERA Wirtschaftsberatung Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt
- Mittelrheinische Treuhand GmbH, Koblenz
- MNT Revision und Treuhand GmbH, Limburg

zur Abgabe eines Honorarangebots für die Prüfung der Abschlüsse für die Wirtschaftsjahre 2011 bis 2013 aufgefordert. Alle diese Gesellschaften haben Erfahrung mit der Prüfung hessischer Kommunalbetriebe.

Die TREUMATA GmbH aus Bad Camberg hat das günstigste Honorarangebot vorgelegt.

Gemäß § 7 Absatz 3, Ziffer 7 EigBGes schlägt die Betriebskommission dem Kreistag die TREUMATA GmbH als Prüfer der Jahresabschlüsse 2011 bis 2013 vor. Der Kreistag bestellt den Abschlussprüfer gemäß § 5, Ziffer 13 EigBGes.

Limburg, den 6. Februar 2012

**Der Kreisausschuss des
des Landkreises Limburg-Weilburg
Michel, Landrat**

Vorlage

zu Punkt **8** der Tagesordnung für die Sitzung des Kreistages des Landkreises Limburg-Weilburg am 24. Februar 2012 in der Mehrzweckhalle in Hünfelden-Dauborn

Einkaufsgemeinschaft/Zentrale Beschaffung für die Feuerwehren im Landkreis

Die CDU-Kreistagsfraktion hat gebeten, folgenden Antrag auf die Tagesordnung für die Kreistagssitzung am 24. Februar 2012 zu setzen.

Antrag:

Der Kreisausschuss wird gebeten zu prüfen, ob eine Einkaufsgemeinschaft / zentrale Beschaffung für Geräte, Ausrüstung/Ausstattung und Verbrauchsmittel der Feuerwehren im Landkreis eingerichtet und betrieben werden kann.

Begründung:

Jede Kommune beschafft Feuerwehrausrüstung etc. nach eigenem Gutdünken. Dies führt letztendlich zur Anschaffung geringer Mengen mit einer entsprechenden Preisgestaltung. Aus einer Einkaufsgemeinschaft ließen sich über dann andere Bestellmengen sicher nicht unerhebliche Einsparpotentiale realisieren. Die Arbeiten könnten z.B. vom Kreisbrandinspektor gemeinsam mit dem Kreisfeuerwehrverband geleistet werden. Für eine solche Interkommunale Zusammenarbeit würde das Land nicht unbedeutende Zuschüsse gewähren.

Auch im Hinblick auf eine Standardisierung der Ausrüstung ließe sich über ein solches Verfahren möglicherweise eine Optimierung erreichen.

Limburg, den 6. Februar 2012

**Der stellv. Vorsitzende des Kreistages
des Landkreises Limburg-Weilburg
Friedhelm Bender**

Vorlage

zu Punkt **9** der Tagesordnung für die Sitzung des Kreistages des Landkreises Limburg-Weilburg am 24. Februar 2012 in der Mehrzweckhalle in Hünfelden-Dauborn

Einrichtung einer zentralen Datenbank „Leerstands- und Baulückenkataster“

Die CDU-Kreistagsfraktion hat gebeten, folgenden Antrag auf die Tagesordnung für die Kreistagssitzung am 24. Februar 2012 zu setzen.

Antrag:

Der Kreisausschuss wird gebeten, die Einrichtung einer zentralen Datenbank „Leerstands- und Baulückenkataster“ z.B. bei der Wirtschaftsförderungsgesellschaft zu prüfen, die durch die Kommunen hinsichtlich der jeweils eigenen Daten selbst gepflegt werden soll.

Begründung erfolgt mündlich:

Limburg, den 6. Februar 2012

**Der stellv. Vorsitzende des Kreistages
des Landkreises Limburg-Weilburg
Friedhelm Bender**

Vorlage

zu Punkt **10** der Tagesordnung für die Sitzung des Kreistages des Landkreises Limburg-Weilburg am 24. Februar 2012 in der Mehrzweckhalle in Hünfelden-Dauborn

Mögliche Inanspruchnahme des kommunalen Rettungsschirms

Die CDU-Kreistagsfraktion hat gebeten, folgenden Antrag auf die Tagesordnung für die Kreistagssitzung am 24. Februar 2012 zu setzen.

Antrag:

Der Kreisausschuss wird gebeten, bezüglich einer möglichen Inanspruchnahme des kommunalen Rettungsschirms mit dem zuständigen Ministerium Kontakt aufzunehmen und die möglichen Konditionen zu hinterfragen.

Begründung erfolgt mündlich:

Limburg, den 6. Februar 2012

**Der stellv. Vorsitzende des Kreistages
des Landkreises Limburg-Weilburg
Friedhelm Bender**

Vorlage

zu Punkt **11** der Tagesordnung für die Sitzung des Kreistages des Landkreises Limburg-Weilburg am 24. Februar 2012 in der Mehrzweckhalle in Hünfelden-Dauborn

Zukunft der Freiherr-vom-Stein-Kaserne

Die SPD-Kreistagsfraktion hat gebeten, folgenden Antrag auf die Tagesordnung für die Kreistagssitzung am 24. Februar 2012 zu setzen.

Antrag:

In Anerkennung der regionalen Verbundenheit sowie der strukturellen und wirtschaftlichen Bedeutung spricht sich der Landkreis Limburg-Weilburg für eine gemeinsame Anstrengung der Region zur künftigen Entwicklung der Freiherr-vom-Stein-Kaserne aus. Entsprechende Aktivitäten sollen – über Kreis- und Landesgrenzen hinweg – unterstützt werden.

Die folgenden Punkte sind dabei zu beachten:

1. Der Landkreis Limburg-Weilburg erklärt sich solidarisch mit den betroffenen Soldaten und Mitarbeitern und fordert für sie und ihre Familien soziale Lösungen ein. Der Landkreis Limburg-Weilburg bekennt sich zur Verbundenheit der Region mit der Bundeswehr.
2. Die strukturpolitischen Folgen der Schließung auszugleichen und den Wandel aktiv zu gestalten, liegt im Interesse der gesamten Region. Deshalb sollte der Standort der Freiherr-vom-Stein-Kaserne aufgrund seiner zentralen Lage gemeinsam entwickelt werden. Hierzu bietet sich die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Limburg-Weilburg-Diez als landesübergreifende Einrichtung an.
3. Das Gelände stellt eine exzellent gelegene Fläche mitten im Zentrum des angestrebten gemeinsamen Oberzentrums Limburg-Diez dar. Dieser besonderen Situation sollte mit einer Potenzialstudie zur Entwicklung des Geländes Rechnung getragen werden.
4. Zusätzlich zu der Ansiedlung von Gewerbe sollte eine solche Studie auch verstärkt die energiewirtschaftliche Nutzung (Kraft-Wärme-Kopplung, Photovoltaik auf Dachflächen, ...) aufzeigen.
5. Auch die Nutzungsmöglichkeit der Sportstätten, insbesondere für heimische Schulen, ist zu untersuchen.
6. Da eine solche Entwicklung des Standorts die Folgen der Schließung zumindest teilweise kompensieren könnte, wird die Bundesregierung aufgefordert, bei der Übertragung der Anlage von marktüblichen Konditionen abzusehen.
7. Die vorzubereitenden Schritte sind angesichts der zeitlich bereits absehbaren Entwicklung kurzfristig zu initiieren, damit die Standortvermarktung, sofern in Einklang mit der noch laufenden Nutzung möglich, bereits parallel vollzogen werden kann.

Der Kreistag des Landkreises Limburg-Weilburg bittet den Kreisausschuss, in diesem Sinne tätig zu werden.

Begründung:

Die im Oktober 2011 verkündeten Schließungen von Bundeswehrstandorten treffen auch unsere Region. So ist mit der Reduzierung des Standortes Diez von 1520 auf 150 Dienstposten auch die Schließung der zwischen Limburg und Diez gelegenen Freiherr-vom-Stein-Kaserne verbunden – Das Ende einer über 50-jährigen gemeinsamen Geschichte der Region mit der Freiherr-vom-Stein-Kaserne, von der beispielsweise auch Partnerschaften mit Elz, Mengerskirchen und Weilburg zeugen.

Strukturpolitisch betrachtet bedeutet der Standort „Freiherr-vom-Stein-Kaserne“ Arbeitsplätze, Kaufkraft, Aufträge für Handwerk und Bauwirtschaft, was entsprechende negative Auswirkungen bei einer Schließung nach sich zieht. In einer gemeinsamen Region machen diese Auswirkungen nicht an einer Landesgrenze Halt. Ziel des Landkreises Limburg-Weilburg sollte es deshalb sein, mit dem Rhein-Lahn-Kreis und den betroffenen Kommunen bei einer gemeinsamen Entwicklung des Standorts zusammenzuarbeiten.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.

Limburg, den 6. Februar 2012

**Der stellv. Vorsitzende des Kreistages
des Landkreises Limburg-Weilburg
Friedhelm Bender**

Vorlage

zu Punkt **12** der Tagesordnung für die Sitzung des Kreistages des Landkreises Limburg-Weilburg am 24. Februar 2012 in der Mehrzweckhalle in Hünfelden-Dauborn

Aufstellung eines Nahverkehrsplanes für den Landkreis Limburg-Weilburg

Die Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen hat gebeten, folgenden Antrag auf die Tagesordnung für die Kreistagssitzung am 24. Februar 2012 zu setzen.

Antrag:

Der Kreisausschuss stellt in Verbindung der VLDLW einen Nahverkehrsplan für den Landkreis auf.

Hierbei sind insbesondere folgende Ziele zu berücksichtigen:

- Einheitliche Übergangstarife zwischen dem Rhein-Lahn- und Westerwaldkreis zu den Tarifen im RMV.
- Flächendeckende Versorgung des ländlichen Raumes über neue Angebotsformen wie Anrufsammeltaxen bzw. Rufbussen
- Prüfung von neuen Angebotsformen für verkehrsarme Zeiten in den Abendstunden und am Wochenende.
- Ein einprägsames Taktsystem auf allen Hauptlinien des Nahverkehrs, in Verbindung der Lokalverkehre mit dem Regionalverkehr.
- Die Einbeziehung des ICE-Bahnhofs Limburg in ein vertaktetes Angebot um dessen Erreichbarkeit von den Hauptsiedlungszentren des Kreises zu verbessern.

Begründung:

Der Öffentliche Personen-Nahverkehr steht in der Zukunft vor großen Herausforderungen. Neben steigenden Ausgaben für die beauftragten Leistungen im Nahverkehr sind Einnahmeausfälle durch die geplante Kürzung der Regionalisierungsmittel zu erwarten. Die Zuschüsse der öffentlichen Hand in ein Nahverkehrssystem, was die Grundbedingungen der Daseinsvorsorge erfüllt werden in Zukunft zwangsläufig steigen.

Gleichzeitig ergeben sich im Schulverkehr durch den neuen Schulentwicklungsplan, der Einführung von Ganztagsangeboten und der Einführung von Inklusion neue Veränderungen, die einer Gesamtbetrachtung bedürfen.

Es ist daher wichtig, die Aufgaben und die zukünftigen Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs in unserem Raum neu zu bestimmen und zu überlegen wie vor dem Hintergrund eines steigenden Bedarfes, insbesondere durch den einsetzenden demografischen Wandel und der Ausdünnung der ortsnahen Versorgung im Gesundheitswesen, des Einzelhandels usw., neue Angebotsformen integriert werden können.

Limburg, den 6. Februar 2012

**Der stellv. Vorsitzende des Kreistages
des Landkreises Limburg-Weilburg
Friedhelm Bender**

Vorlage

zu Punkt **13** der Tagesordnung für die Sitzung des Kreistages des Landkreises Limburg-Weilburg am 24. Februar 2012 in der Mehrzweckhalle in Hünfelden-Dauborn

Verabschiedung einer Resolution zur Einführung von Lang-LKW

Die Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen hat gebeten, folgenden Antrag auf die Tagesordnung für die Kreistagssitzung am 24. Februar 2012 zu setzen.

Antrag:

Der Kreistag Limburg-Weilburg lehnt die beschlossene Einführung von Lang-LKW auf Hessens Straßen ab. Bei Beendigung des Feldversuches und der allgemeinen Einführung drohen erhöhte Folgekosten für den Kreis Limburg-Weilburg durch die erhöhte Schadenslast auf den Kreisstraßen und zusätzlicher Kosten beim Um- und Ausbau gehen zu Lasten der Straßenerhaltung an anderer Stelle.

Die Folgekosten kann der Kreis nicht tragen ohne vom Land eine vollständige Übernahme der zusätzlichen Kosten. Dieses ist aber bei der zu erwartenden Kürzung der Fördermittel bei der Gemeindverkehrsfinanzierung nicht zu erwarten.

Der Kreistag Limburg Weilburg unterstützt die Ablehnung der Einführung von Lang-LKW durch den deutschen Landkreistag und deutschen Städtetag

Begründung erfolgt mündlich:

Limburg, den 6. Februar 2012

**Der stellv. Vorsitzende des Kreistages
des Landkreises Limburg-Weilburg
Friedhelm Bender**

Vorlage

zu Punkt **14** der Tagesordnung für die Sitzung des Kreistages des Landkreises Limburg-Weilburg am 24. Februar 2012 in der Mehrzweckhalle in Hünfelden-Dauborn

Besuch der Gedenkstätte Hadamar von Schulklassen

Die Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen hat gebeten, folgenden Antrag auf die Tagesordnung für die Kreistagssitzung am 24. Februar 2012 zu setzen.

Antrag:

1. Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss mit dem Landeswohlfahrtsverband zu beraten, wie einer größeren Anzahl von Schulklassen der Besuch der Gedenkstätte Hadamar ermöglicht werden kann.
2. Der Kreistag spricht sich dafür aus, dass an den Schulen im Kreisgebiet jeweils am 27. Januar, dem Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, ein Projekttag durchgeführt wird. Dieser soll sich schwerpunktmäßig an Unter- und Mittelstufe der weiterführenden Schulen richten und Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus thematisieren.

Begründung:

Nach dem erschreckenden Aufdecken einer rechtsextremen Mordserie im letzten Jahr sowie einer Studie, wonach bundesweit jeder Fünfte latent antisemitisch eingestellt ist, müssen aus diesen Erkenntnissen Taten folgen. Mit der Gedenkstätte Hadamar ist im Kreis eine Institution vorhanden, die hervorragende und vorbildliche Aufklärungsarbeit leistet und beeindruckend die Schrecken der NS-Zeit darstellt. Da dort jedoch teilweise Wartezeiten von über einem Jahr auf eine Führung anfallen können, ist die Kapazitätsgrenze der Gedenkstätte anscheinend erreicht.

Doch auch die Projektarbeit an den Schulen ist wertvoll im Kampf gegen Rechtsextremismus. Diese besitzt größere Symbolkraft, wenn sie zeitlich koordiniert im gesamten Kreisgebiet stattfindet. So kann auch über den Schulalltag hinaus ein Bewusstsein gegen Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus geschaffen werden.

Limburg, den 6. Februar 2012

**Der stellv. Vorsitzende des Kreistages
des Landkreises Limburg-Weilburg
Friedhelm Bender**

Vorlage

zu Punkt **15** der Tagesordnung für die Sitzung des Kreistages des Landkreises Limburg-Weilburg am 24. Februar 2012 in der Mehrzweckhalle in Hünfelden-Dauborn

Einrichtung des Kooperationsmodells ÖKOPROFIT

Die Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen hat gebeten, folgenden Antrag auf die Tagesordnung für die Kreistagssitzung am 24. Februar 2012 zu setzen.

Antrag:

Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss im Landkreis Limburg-Weilburg, das Kooperationsmodell ÖKOPROFIT (Ökologisches Projekt für integrierte Umwelttechnik) zu initiieren.

Begründung:

ÖKOPROFIT(**Ö**kologisches**P**rojekt **F**ür Integrierte Umwelt-**T**echnik) ist ein Kooperationsprojekt zwischen Kommunen und der örtlichen Wirtschaft mit dem Ziel der Betriebskostensenkung unter gleichzeitiger Schonung der natürlichen Ressourcen (u.a. Wasser, Energie). Dabei sind produzierende Unternehmen, Dienstleister und Sozialeinrichtungen wie auch Handwerker gleichermaßen angesprochen.

Es wurde 1991 in der Stadt Graz entwickelt und wird seitdem international in vielen Städten und Regionen durchgeführt.

Anders als bei anderen nur auf den Einzelbetrieb ausgerichteten Umweltmanagementansätzen zielt Ökoprofit auf die Bildung eines lokalen Netzwerks zum Umweltschutz ab. Nach einem Jahr im Basisprogramm treten viele Betriebe einem Club bei, in dem sie in regelmäßigen Workshops über neue Entwicklungen im Umweltrecht und in relevanten organisatorischen und technischen Neuheiten informiert werden. Erfahrene Berater unterstützen bei der Auswahl und Umsetzung von Optionen zur Reduktion von Abfällen, Wasser- und Energieeinsatz.

Kern des Programms bildet eine Kooperation zwischen Kommunen und Wirtschaft, die ökologische und ökonomische Effekte generieren soll. Das Projekt führt fachkundige Berater und Wirtschaftsunternehmen zusammen.

Ökoprofit richtet sich in erster Linie an kleinere und mittlere Unternehmen, in denen Fragen des Kostenmanagements nicht ganz oben auf der Tagesordnung stehen. Beratung vor Ort und mehrere Workshops gehörten dazu. Es geht darum, in den Firmen ein Bewusstsein für Umweltmanagement zu wecken – nicht nur in der Chefetage, sondern ganz besonders auch bei den Mitarbeitern. Schon das Ausschalten eines PC-Bildschirms, der für mehr als 30 Minuten nicht benötigt wird, kann eine Menge Energiekosten sparen.

Limburg, den 6. Februar 2012

**Der stellv. Vorsitzende des Kreistages
des Landkreises Limburg-Weilburg
Friedhelm Bender**

Vorlage

zu Punkt **16** der Tagesordnung für die Sitzung des Kreistages des Landkreises Limburg-Weilburg am 24. Februar 2012 in der Mehrzweckhalle in Hünfelden-Dauborn

Erwerb der RWE-Anteile an der Süwag durch ein Konsortium

Die FWG-Kreistagsfraktion hat gebeten, folgenden Antrag auf die Tagesordnung für die Kreistagssitzung am 24. Februar 2012 zu setzen.

Antrag:

Die RWE-Anteile an der SÜWAG sollen durch ein Konsortium erworben werden. Die Laufzeit der Put-Option wurde von RWE bis zum 30.06.2012 verlängert. Die Mitglieder des Haupt-, Finanz- und Verwaltungsausschusses sind über die vorgesehene Projektstruktur sowie über den Konsortialvertrag und die damit verbundenen Kosten umfassend zu informieren.

Begründung erfolgt mündlich:

Limburg, den 6. Februar 2012

**Der stellv. Vorsitzende des Kreistages
des Landkreises Limburg-Weilburg
Friedhelm Bender**

Vorlage

zu Punkt **17** der Tagesordnung für die Sitzung des Kreistages des Landkreises Limburg-Weilburg am 24. Februar 2012 in der Mehrzweckhalle in Hünfelden-Dauborn

Ermittlung der Barrierefreiheit in touristischen Bereichen

Die Kreistagsmitglieder Kornelia Löw und Bernd Steioff, DIE LINKE, haben gebeten, folgenden Antrag auf die Tagesordnung für die Kreistagssitzung am 24. Februar 2012 zu setzen.

Antrag:

Die zuständige Abteilung Tourismus bei der Kreisverwaltung ermittelt für alle von ihr beworbenen touristischen Attraktionen, Hotels und Gaststätten sowie Veranstaltungen eine Bewertung über die Barrierefreiheit.

Dies kann in Zusammenarbeit mit Behindertenbeauftragten des Kreises, den im Landkreis existierenden Behindertenverbänden sowie mit Unterstützung des Bauamtes erstellt werden.

Begründung:

Es geht nicht darum, in allen touristischen Bereichen Barrierefreiheit zu erlangen. Jedoch ist bei vielen Bürgerinnen und Bürgern dieser Aspekt sehr wichtig. Die Information zur Barrierefreiheit sollte dann in allen Veröffentlichungen, Flyern, Webseite, Presseinformationen usw. an exponierter Stelle zu finden sein.

Weitere Begründung mündlich.

Limburg, den 6. Februar 2012

**Der stellv. Vorsitzende des Kreistages
des Landkreises Limburg-Weilburg
Friedhelm Bender**

Vorlage

zu Punkt **18** der Tagesordnung für die Sitzung des Kreistages des Landkreises Limburg-Weilburg am 24. Februar 2012 in der Mehrzweckhalle in Hünfelden-Dauborn

**Aufarbeitung der historischen Sachverhalte in Bezug auf die NS-Vergangenheit des früheren Landrates Heinz Wolf;
hier: Entbindung vom Aufklärungsauftrag**

Das Kreistagsmitglied Bernd Steioff, DIE LINKE, hat gebeten, folgenden Antrag auf die Tagesordnung für die Kreistagssitzung am 24. Februar 2012 zu setzen.

Antrag:

Der Kreistag fordert Landrat Manfred Michel (CDU) und den Kreisausschuss auf, der Historikerin des Kreises, Frau Dr. Marie-Luise Crone den Auftrag zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit des früheren CDU-Landrates Heinz Wolf, auf Grund der im Artikel der NNP vom 30. Januar 2012 zutage getretenen Fehleinschätzungen, zu entziehen.

Die Historische - Kommission des Hessischen - Landtages wird durch sein in Auftrag gegebenes Gutachten über die NS-Vergangenheit hessischer Landespolitiker, bis Ende 2012 auch in Sache Heinz Wolf genügend Aufklärungsarbeit leisten.

Begründung:

Die Aussage, dass in Archiven keine belastenden Hinweise gefunden wurden, ist nicht nachvollziehbar. Zwar gibt es keine Zusammenhänge zur Euthanasie der Psychiatrie in Hadamar, aber durch einfache Internetrecherche hätte die Historikerin z. B. Informationen zu Wolfs Tätigkeit als Ankläger beim Volksgerichtshof in Danzig finden können.

Es entsteht der Eindruck, dass Frau Dr. Crone als abhängig Beschäftigte des Kreises nicht in der Lage ist, sich den Sachzwängen der gängigen Kreispolitik zu entziehen und frei und unabhängig zu recherchieren.

Eine von der Fraktion DIE LINKE. im Hess. Landtag in Auftrag gegebene Studie durch den Historiker Dr. Hans-Peter Klausch ergab im Bezug auf die NS-Vergangenheit von Heinz Wolf:

Auszug FAZ.NET Rhein-Main-Zeitung Hessen 05.05.2011):

„Andere sind nach Auffassung von Klausch als Opportunisten zu zählen...Doch es gibt Fälle, in denen von bloßem Mitläufertum keine Rede sein kann. Der zum 1. Mai 1933 im Alter von 25 Jahren zum „Parteigenossen“ avancierte Heinz Wolf (Landtagsabgeordneter von 1962 bis 1966) beklagt nach den Recherchen von Klausch 1935, dass sich viele Richter in der „Judenfrage“ noch „von einer gewissen Humanitätsduselei leiten lassen und es nicht recht verstehen, der nationalsozialistischen Einstellung zur Rassenfrage bei der Urteilsfindung vollauf gerecht zu werden.“

Während des Krieges war Wolf dann als Ankläger beim Sondergericht Danzig tätig. Solche Gerichte verhängten tausende von Todesurteilen und gelten als staatliche Terrorinstrumente zur Durchsetzung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“

Presseerklärung: Studie zur NS-Vergangenheit hessischer Landtagsabgeordneter: Geschichtsbild des Landtags und der hessischen Parteien muss revidiert werden!

Mittwoch, 04. Mai 2011

Zur Vorstellung der im Auftrag der LINKE-Fraktion erstellten Studie „Braunes Erbe – NS-Vergangenheit hessischer Landtagsabgeordneter der 1.-11. Legislaturperiode“, erklären der Historiker und Autor Dr. Hans-Peter Klausch und Hermann Schaus, innenpolitischer Sprecher und Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag:

„Unter den in Frage kommenden 333 Abgeordneten des Hessischen Landtags waren statt der offiziell genannten drei Abgeordneten mindestens 75 Abgeordnete ehemalige NSDAP-Mitglieder“, so der Historiker und Autor der Studie, Dr. Hans-Peter Klausch.

„Da nur 80 Prozent der Akten erhalten sind, ist die tatsächliche Zahl höher zu veranschlagen. Ehemalige NSDAP-Mitglieder gab es demnach in allen hessischen Fraktionen - einschließlich SPD und Grünen - mit der KPD als einziger Ausnahme. In der CDU-Fraktion wurden in den Wahlperioden von 1954 bis 1966 zwischen 25 Prozent und 35,7 Prozent der Mandate dauerhaft oder zeitweilig von früheren NSDAP-Mitgliedern wahrgenommen. Bei der FDP schwankte dieser Wert in den Jahren 1954 bis 1970 zwischen 60 und über 70 Prozent.“

Es handele sich bei diesen ehemaligen NSDAP-Mitgliedern nicht nur um indoktrinierte Jugendliche, Mitläufer und Opportunisten, so Dr. Klausch. „Die Hinzuziehung von SS- und SA-Personalunterlagen ergab, dass es auch schwer belasteten Nazis gelang, im Hessischen Landtag unerkannt erneut politisch zu wirken.“ Da ehemalige NSDAP-Mitglieder in Hessen auch in politische Spitzenämter gelangten, zum Beispiel als Fraktions- und Landesvorsitzende bis hin zu Ministerämtern, müsse die Frage nach Kontinuitäten zwischen NS-Staat und früher Bundesrepublik auch in Hessen neu gestellt werden, so Dr. Klausch. Angesichts dieser Ergebnisse scheine das offizielle Geschichtsbild der Parteien und des Landtags jedenfalls fraglich.

Die Ergebnisse seien brisant und schockierend, so Hermann Schaus. „Dass bei näherer Betrachtung auch in Hessen einige braune Leichen auftauchen könnten, war vor dem Hintergrund der anhaltenden bundesweiten Debatte um die Verbindungen des NS-Staates zu Ministerien, Ämtern und Behörden der frühen Bundesrepublik nicht verwunderlich. Doch über 20-mal mehr NSDAP-Mitglieder im Hessischen Landtag als offiziell bekannt, viele davon in politischen Spitzenämtern bis hin zu schwer belasteten Naziverbrechern als Abgeordnete. Diese Dimension ist erschütternd und mahnt zur Aufarbeitung.“

Weiter Begründung erfolgt mündlich

Limburg, den 6. Februar 2012

**Der stellv. Vorsitzende des Kreistages
des Landkreises Limburg-Weilburg
Friedhelm Bender**

Vorlage

zu Punkt **19** der Tagesordnung für die Sitzung des Kreistages des Landkreises Limburg-Weilburg am 24. Februar 2012 in der Mehrzweckhalle in Hünfelden-Dauborn

Sanierung des Kreishallenbades des Landkreises Limburg-Weilburg

Die Kreistagsmitglieder Kornelia Löw und Bernd Steioff, DIE LINKE, haben gebeten, folgenden Antrag auf die Tagesordnung für die Kreistagssitzung am 24. Februar 2012 zu setzen.

Antrag:

Der Kreistag beschließt, dass das Kreishallenbad in Weilburg saniert und zukunftsfähig gestaltet werden soll.

Hierzu wird der Kreisausschuss beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Kreishallenbad Weilburg GmbH eine zukunftsfähige Betriebs-, Sanierungs- und Finanzierungsplanung für das Kreishallenbad Weilburg zu erarbeiten und dem Kreistag zur Beratung und zum Beschluss vorzulegen.

Im Betriebs- und Sanierungsplan sind die Eckpunkte festzulegen, unter denen der Gebäudezustand renoviert, der Badebetrieb optimiert, die wirtschaftliche Situation verbessert und die weitere Betreibung des Kreishallenbades erhalten und zukunftsfähig gemacht werden soll.

Entsprechend erforderliche Mittel sind in den Haushalt des Landkreises aufzunehmen bzw. in einem Nachtragshaushalt zu verankern.

Begründung erfolgt mündlich:

Limburg, den 6. Februar 2012

**Der stellv. Vorsitzende des Kreistages
des Landkreises Limburg-Weilburg
Friedehelm Bender**

Vorlage

zu Punkt **20** der Tagesordnung für die Sitzung des Kreistages des Landkreises Limburg-Weilburg am 24. Februar 2012 in der Mehrzweckhalle in Hünfelden-Dauborn

Einführung des Wahlkennzeichens „WEL“ für den früheren Oberlahnkreis

Das Kreistagsmitglied Bernd Steioff, DIE LINKE, hat gebeten, folgenden Antrag auf die Tagesordnung für die Kreistagssitzung am 24. Februar 2012 zu setzen.

Antrag:

Der Kreisausschuss wird gebeten zu prüfen, ob für den früheren Oberlahnkreis das Wahlkennzeichen „WEL“ als Autokennzeichen wieder eingeführt werden kann.

Begründung erfolgt mündlich:

Limburg, den 6. Februar 2012

**Der stellv. Vorsitzende des Kreistages
des Landkreises Limburg-Weilburg
Friedehelm Bender**

Vorlage

zu Punkt **21** der Tagesordnung für die Sitzung des Kreistages des Landkreises Limburg-Weilburg am 24. Februar 2012 in der Mehrzweckhalle in Hünfelden-Dauborn

Auswirkungen von Gülle aus industrieller Tierhaltung im Kreisgebiet

Die Kreistagsmitglieder Kornelia Löw und Bernd Steioff, DIE LINKE, haben gebeten, folgenden Antrag auf die Tagesordnung für die Kreistagssitzung am 24. Februar 2012 zu setzen.

Antrag:

Der Kreistag bittet den Kreisausschuss, unter Mitwirkung und Beratung in den Ausschüssen - Soziales, Familie, Frauen, Senioren, Gesundheit und Sport – und - Umweltangelegenheiten, Energie und Wirtschaft - , die Auswirkungen der massive Aufbringung von Gülle aus industrieller Tierhaltung auf landwirtschaftlich genutzte Flächen im Kreisgebiet, und im Bezug auf den Trinkwasser-, Gewässer-, Umwelt- und Gesundheitsschutz, zu erörtern.

Über das Ergebnis der Beratungen soll dem Kreistag berichtet werden und eine Aussprache erfolgen.

Begründung:

Der erste Februar ist gekommen. Nach der dreimonatigen Winterzwangspause durch die 'Verordnung über die Anwendung von Düngemitteln, Bodenhilfsstoffen, Kultursubstraten und Pflanzenhilfsmitteln und nach den Grundsätzen der guten fachlichen Praxis beim Düngen' – kurz Düngeverordnung, ist ab dem 1. Februar wieder das Ausbringen von Gülle auf Wiesen und Ackerflächen erlaubt. Besorgte Bürger machen sich zu Recht Sorgen, wie hier in einem Bericht 01.02.2012 "Güllerallye im Wasserschutzgebiet" im Internetportal – Villmarer Nachrichten – vom 01.02.2012 geschehen <http://www.villmarer-nachrichten.de/index2.htm> , über eine mögliche Gefährdung ihrer Trinkwasserversorgung durch massive Gülleaufbringung aus der Viehhaltung.

Besonders im Bereich der Biomasseproduktion zur Erzeugung von Bio-Gas werden im Kreisgebiet regelmäßig und zu gleichen Zeitpunkten, flächendeckend, intensive Gülldüngungen in Äcker-, Wiesen- und Auenbereichen durchgeführt.

Es muss befürchtet werden, dass auch in unserer Region die Gewässer- und Trinkwasserschutzvorgaben der EU zukünftig nicht mehr eingehalten werden können. Sanktionen der EU sind die Folge.

Weitere Begründung mündlich.

Limburg, den 6. Februar 2012

**Der stellv. Vorsitzende des Kreistages
des Landkreises Limburg-Weilburg
Friedhelm Bender**

Vorlage

zu Punkt **22** der Tagesordnung für die Sitzung des Kreistages des Landkreises Limburg-Weilburg am 24. Februar 2012 in der Mehrzweckhalle in Hünfelden-Dauborn

Übertragung der Unterhaltung der Schule auf dem Falkenflug in Löhnberg auf die Gemeinde Löhnberg

Die FWG-Kreistagsfraktion hat gebeten, folgende Anfrage auf die Tagesordnung für die Kreistagssitzung am 24. Februar 2012 zu setzen.

Anfrage:

Die Bewirtschaftung, Unterhaltung und Verwaltung der Schule auf dem Falkenflug in Löhnberg wurde an die Gemeinde Löhnberg als modellhaftes Vorhaben für 3 Jahre übertragen.

1. Wann wurde der Vertrag mit der Gemeinde Löhnberg abgeschlossen?
2. Wurde die Schulumlage unverändert erhalten?
3. Wie hoch ist der jährliche Betriebskostenzuschuss den der Kreis der Gemeinde Löhnberg zahlt?
4. Wie hoch waren die Betriebskosten vor Übertragung an die Gemeinde?
5. Welche Auswirkung hat die Übertragung der Aufgaben für die Weilburger Stadtteile Ahausen und Drommershausen?

Begründung:

Limburg, den 6. Februar 2012

**Der stellv. Vorsitzende des Kreistages
des Landkreises Limburg-Weilburg
Friedhelm Bender**